

Die Verhandlungen über die Kabinettsbildung.
Besprechung des Reichspräsidenten mit den Parteiführern.

Berlin, 15. November. (Tel.) Der Reichspräsident besprach sich heute vormittag mit dem Reichspräsidenten Ebert und dem Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, dem Abgeordneten Marx, im Laufe des Vormittags. Die Besprechungen hatten zum Zweck, die Lage der Reichspräsidenten und der Parteiführer über die Lage. Ein Auftrag zur Kabinettsbildung ist vom Reichspräsidenten bis jetzt noch nicht erteilt worden.

Berlin, 15. Nov. (Drahtf.) In der Verhandlung, die zwischen dem Reichspräsidenten Ebert und dem Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, dem Abgeordneten Marx, im Laufe des Vormittags stattfand, hat, soll der Vorsitzende der Zentrumsfraktion den Reichspräsidenten haben lassen, dass das Zentrum es ablehne, eine Person für die Besetzung des Reichspräsidentenpostens zu stellen, wenn nicht wieder Dr. Wirth mit der Bildung des Kabinetts beauftragt werden würde. Auch lehne es die Reichspräsidenten ab, eine ihr politisch nahestehende Persönlichkeit mit der Bildung des Kabinetts zu beauftragen. Wie es heißt, soll diese letzte Erklärung des Zentrumsführers von vornherein die Möglichkeit einer Reichspräsidentenwahl des bisherigen Reichspräsidenten Dr. Hermes ausschalten.

Berlin, 15. November. (Tel.) Bei den Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern über die Neubildung des Reichskabinetts soll, mehreren Blättern zufolge, die Auffassung vorgeherrschend haben, dass man noch am ehesten mit einem Kabinettswechsel zu rechnen habe. Der Reichspräsident soll, nach dem „Berl. Post.“, den Parteiführern auseinanderzusetzen haben, dass die Bildung eines reinen Wirtschaftsministeriums nötig sei, um dem Lande die Zusammenfassung aller wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands vor Augen zu führen. Heute nachmittag nahm der Reichspräsident auch noch mit anderen Parteiführern Rücksprache über die Lage. Außerdem traten die einzelnen Fraktionen heute nachmittag zu Besprechungen zusammen.

Köln, 15. November. (Tel.) Wie der Berliner Reichspräsident der „Köln. Volkszeitung“ hört, wandle sich der Reichspräsident wegen Übernahme der Kanzlerschaft auch an den deutschen Botschafter in Paris, Mager.

Das Zentrum und Dr. Wirth.

Berlin, 15. November. (Drahtf.) Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat sich heute morgen mit der durch die Demission des Kabinetts Wirth geschaffenen Lage beschäftigt und ihre Auffassung in einer Erklärung niedergelegt, in der es heißt: „Die Fraktionen des Zentrums, der Demokraten, der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei haben angesichts der außen- und innenpolitischen Erfordernisse die große Koalition verlangt, welcher der Boden durch die gemeinsame innen- und außenpolitische Arbeit geboten war. Die Vereinigte Sozialdemokratie hat diese politische Notgemeinschaft abgelehnt. Die einmütige Auffassung der Zentrumsfraktion geht dahin, dass nach dieser innenpolitischen Entwicklung der letzten Tage der Zentrumspartei keinerlei Initiative bei der Neubildung des Kabinetts zufällt. Den bisherigen Reichskanzler haben die Zentrumsfraktion und die übrigen Parteiführer noch kürzlich ihr volles Vertrauen ausgesprochen. Daran hat sich nichts geändert, vielmehr hat die letzte außenpolitische Tat der Regierung Wirth, namentlich die letzte Note an die Reparationskommission vom 13. dieses Monats, wiederum die Anteilige Zustimmung der ganzen Zentrumsfraktion, wie überhaupt die Billigung der Fraktionen der Deutschen Volkspartei bis zur Vereinigten Sozialdemokratie gefunden. Das einzige Erfordernis in der gegenwärtigen oder vorerwähnten Lage ist die außenpolitische Klarheit. Allerdings besteht leider die Gefahr, dass die außenpolitischen Erfolge durch die innerpolitischen Schwierigkeiten, für welche die Zentrumspartei keinerlei Verantwortung trägt, stark beeinträchtigt werden können.“

Die Ansicht der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 15. Nov. (Telegr.) Ueber die Stellung der Fraktion der Deutschen Volkspartei, die heute vormittag zur Beratung zusammentritt, teilt die „Zeit.“ mit, dass in der Fraktion vorwiegend die Meinung vertreten wurde, dass ein Kabinettswechsel die Möglichkeit bietet, alle Kräfte einheitsmäßig zusammenzufassen und einzusetzen. Diese Notwendigkeit liege vor allen Dingen bei der Besetzung des Außenministers, des Wirtschafts- und Finanzministeriums vor. Unter diesen Umständen habe man auch die allgeringsten Bedenken gegen eine etwaige Zurückberufung des bisherigen Reichswirtschaftsministers auf keinen Posten. Die Zeitung dieses Ministeriums müsse, ebenso wie die des Verkehrs- und Postministeriums, in kaufmännische Hände gelegt werden. Wie das Blatt weiter schreibt, scheine bei der zunächst beabsichtigten Bildung des Kabinetts der Personlichkeiten geplant zu sein, die in der letzten Reparationsnote niedergelegten Leitsätze als programatische Grundsätze zu nehmen.

Der Eindruck im Auslande.

Paris, 15. Nov. (Telegr.) In den Blättern spiegelt sich eine gewisse Ueberraschung über den Rücktritt des Kabinetts Wirth wieder. Der „Gaulois“ schreibt: Der einzige Grund, der den Reichspräsidenten bestimmen könnte, koste es, was es wolle, eine neue Kombination zu veranlassen, in der Dr. Wirth auf seinem Posten bliebe, sei die Notwendigkeit, dem gegenwärtigen Reichskanzler die Fortsetzung der Tätigkeit in Berlin ausgenommen. Verhandlungen mit der Entente zum Zwecke der Lösung der Reparationsfrage zu überlassen. Die alliierten Delegierten fanden bei ihrem Aufenthalt in Berlin in Wirth einen höflichen, von vernünftigen Empfindungen geleiteten Partner, der aufrichtig eine Verständigung mit den Gläubigern Deutschlands zu wünschen schien. Es wäre also sehr vom Uebel, wenn in dem Augenblick, wo die Möglichkeiten einer Entspannung zu erkennen sei, der Chef der deutschen Regierung durch eine Persönlichkeit ersetzt würde, die den Argumenten der Vernunft und des gesunden Menschenverstandes weniger zugänglich wäre. Es sei daher nicht ausgeschlossen, dass der Kanzler sich bemühen werde, ein Geschäftskabinetts aus Fachleuten ohne ausgeprägte politische Färbung zu bilden. Diese Lösung werde nur einen Übergangscharakter tragen. Nach allem sei das aber vielleicht willkommener. Diese Meinung wird in den Tagen, als die Reparationskommission in Berlin war, die vom Dual d'Orsay inspirierte Presse gelegentlich Dr. Hermes als Nachfolger Dr. Wirths empfahl.

London, 15. Nov. (Telegr.) Von den Londoner Blättern wird der Rücktritt des Kabinetts Wirth zunächst nur von der „Times“ kommentiert, die angesichts der finanziellen Verwirrung, die in Deutschland herrsche, eine starke Regierung fordert. Das Kabinetts Wirth sei zu schwach gewesen. Das Blatt bezeichnet die Lage als ernst.

Auch in Preußen Kabinettskrise.

Berlin, 15. November. (Tel.) Eine sozialdemokratische Tendenz teilt mit, dass der Fraktionsvorsitzende der Deutschen Volkspartei im preussischen Landtage dem preussischen Ministerpräsidenten erklärte, dass die Fraktion für den Fall des Nichtzustandekommens der großen Koalition im Reich in Preußen die Konsequenzen ziehen wolle.

Die Regierungskrise ohne Einfluss auf das Stabilisierungsprogramm.

Berlin, 15. Nov. (Drahtf.) (Uml.) Der Rücktritt der jetzigen Regierung berührt in keiner Weise das in der Note vom 13. d. Mts. an die Reparationskommission niedergelegte Stabilisierungsprogramm. Die Reichsregierung hat die Note erst überreicht, nachdem sie mit den Führern der bisherigen Koalition und der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei eingehend erörtert worden war. Jede kommende deutsche Regierung, wie sie auch gestaltet sein mag, wird daher hinter diesen Vorschlägen stehen müssen.

Die Aufnahme der deutschen Note in Paris.

Berlin, 15. Nov. Der Pariser Mitarbeiter der „Deutschen Allgem. Ztg.“ erzählt aus Kreisen, die der Reparationskommission nahe stehen, dass der Eindruck, den die deutsche Note auf die einzelnen Mitglieder der Reparationskommission gemacht hat, nicht als ungünstig zu bezeichnen sei. Die von Deutschland gemachten Vorschläge würden sofort einer ernsten Prüfung für wert angesehen. Staatssekretär Bergmann wird in den nächsten Tagen wiederum in Paris erwartet, um mit der Reparationskommission in Fühlung zu treten. Die Gespräche von einem neuerlichen Zusammentritt der internationalen Bankierskonferenz festigten sich zu der Annahme, dass diese Konferenz erneut etwa um den 20. November in Paris zusammentreten wird. Der amerikanische Bankier Morgan ist seit entlassen, am 26. November nach Amerika zurückzukehren. Man hofft aber bis dahin zu einer Einigung gelangt zu sein.

Die deutsche Not.

Der „Köln. Stadt-Anzeiger“ veröffentlicht folgende zwei Anzeigen: „Alles chinesisches Teeservice, kostbares Familienerbstück, gegen Höchstgebot in Auslandswährung zu verkaufen“ usw. und ferner: „Verkauft Kinderfräulein gesucht für englische Familie, Serg. S. Köln-Marienburg“. Auf der einen Seite die bittere Not, die dazu zwingt, kostbares Familiengut preiszugeben, auf der anderen Seite die läppige Entlohnung der Beschäftigten, die es dem einfachen Sergeanten gestattet, sich ein Kinderfräulein zu leisten!

Dr. Wirth über den Rücktritt des Kabinetts.

Berlin, 15. Nov. Der Reichspräsident hat die Demission des Kabinetts angenommen. Die bisherige Regierung wurde mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte beauftragt.

Nach Beendigung der Kabinettsbildung, in der der Rücktritt beschlossen worden war, gab der Reichskanzler einigen Journalisten eine Erklärung der gegenwärtigen Krise. Der Ausgangspunkt der Krise sei der Wunsch gewesen, das Kabinetts zu ergänzen. Es habe sich aber sofort gezeigt, dass eine solche Ergänzung im Sinne der Befehle der unerledigten Posten nicht möglich war. Aus Besprechungen mit Männern des wirtschaftlichen Lebens habe sich die Notwendigkeit ergeben, gleichzeitig die Frage zu lösen, wie die wirtschaftliche Führung des Reichs im ganzen einheitlich vorzunehmen sei. Die Wirtschaftsgemeinschaft habe die Frage geprüft, ob die Lösung der vorstehenden großen auswärtigen Fragen auf der Grundlage der gegenwärtigen Regierung möglich sei, und habe einmütig an den Kanzler das Erluchen gerichtet, die große Koalition herbeizuführen. Der Kanzler habe sich dieses Erluchens zu eigen gemacht, dass die letzte Note der Regierung an den Wiederherstellungsausschuss die Stützung durch eine breite Grundlage der Regierung erforderlich mache. Dieses letzte Angebot sei von so großer internationaler Bedeutung, dass man nur durch die Zuziehung weiterer Kräfte des Parlaments die Gewähr habe, bei einer gleichzeitigen aktiven inneren Politik die Verpfändungen ausführen zu können, die in der Note enthalten seien. Der Kanzler selbst sei sich bewusst gewesen, dass dieses deutsche Angebot selbstverständlich ein großes Risiko in sich birge: Den Einsatz der Hälfte unseres Goldbestandes. Für ein solches Risiko bedürfte man harter Kräfte. Die Deutsche Volkspartei habe in Gegenwart der anderen Parteien für die große Koalition in Betracht kamen, die Note nach Paris ausdrücklich gebilligt, und die bürgerlichen Parteien hätten in dieser Note auch die Grundlage gesehen, für das Zustandekommen der großen Koalition. Die Note sei demnach abgeschickt, getragen von all den Parteien, die berufen gewesen seien, in die große Koalition einzutreten. Sie sei also der Ausdruck des politischen Willens der noch nicht vorhandenen großen Koalition gewesen, die noch dazu verstärkt gewesen sei durch die Bayerische Volkspartei, die den Willen gehabt habe, zwar nicht Minister zu stellen, aber doch die große Koalition zu stützen. Bei allen Verhandlungen der letzten Zeit über die außen- und innenpolitische Lage, insbesondere während der Anwesenheit des Wiederherstellungsausschusses, hätten die in der heutigen Regierung vertretenen Parteien immer aufs engste mit der Deutschen Volkspartei zusammengearbeitet, ohne dass jemals über die Art des Verhandlungsbildens eine Beschwerde zutage getreten sei. Niemals sei das Zusammenwirken der politischen Kräfte ein so harter politischer Faktor gewesen, wie gerade jetzt vor dem Zustandekommen der großen politischen Konstellation. Aus diesem Zusammenwirken aller Kräfte von den Sozialdemokraten bis zur Deutschen Volkspartei erklärte der Reichskanzler den politischen Wunsch, der die Arbeitsgemeinschaft der Parteien der großen Koalition in eine wirkliche politische Gemeinschaft umzuwandeln. Die große Bedeutung der letzten Tage liege darin, dass in der Note nach Paris auch ein innerpolitisches Programm so deutlich umrissen sei, dass es nur der Unterschied der einzelnen Parteien bedürfte, um als das Programm der großen Koalition gelten zu können. Ueber die Beziehungen zwischen der Sozialdemokratie und der Deutschen Volkspartei ging der Kanzler schnell hinweg. Es spielen dabei einmal die Rede des Herrn Stinnes eine Rolle, das andere Mal Bemerkungen, die der Abg. v. Lersner im Auswärtigen Ausschuss gemacht habe. Aber diese Äußerungen können letzten Endes doch nicht von ausschlaggebender Bedeutung sein für das Zustandekommen der Sozialdemokratie. Es gelte nunmehr, in aller Deffektivität eine Aussprache über die Lage herbeizuführen. Um diese Aussprache nicht nach irgend einer Richtung zu biegen, sei das Kabinetts zurückgetreten. Der Kanzler richtete an die Deffektivität die Mahnung, sich des Ernstes der Lage bewusst zu sein und namentlich auf die Gefahren der außen- und innenpolitischen Lage Rücksicht zu nehmen.

Den Ausschlag dafür, dass die sozialdemokratische Fraktion die Erweiterung des Kabinetts Wirth durch Hinzutritt einiger Mitglieder der Deutschen Volkspartei ablehnte, hat eine Rede des Abg. Wels gegeben, der darauf hinwies, dass die Einigung der Sozialdemokratie organisatorisch noch nicht vollzogen sei, und dass ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei eine neue Spaltung der Vereinigten Sozialdemokratie bedeute. Aus engstem Parteigegensatz hat also die Sozialdemokratie dem Vaterlande versagt, was ihm nützt, nämlich die große Koalition. Ob dabei auch eine gewisse Erregung gegen Dr. Wirth mitspielte, mag dahingestellt bleiben. Es wird gesagt, dass

Westfalia
Berein für Inf. Kaufleute
und Beamte.
Mittwoch abend 9 Uhr
im Vereinslokal:
Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht über das
abgelaufene Geschäftsjahr.
2. Bericht des Kassierers.
3. Entlastung des Vor-
standes.
4. Vorstandswahl.
5. Festsetzung des Win-
terprogramms.
Die Versammlung ist
unter allen Umständen
beschlussfähig.
Wir bitten dringend
um pünktl. Erscheinen.
Der Vorstand.
Deutsche Jugendkraft.
T. u. B. Mussum.
Mittwoch abend
wichtige Versammlung
familiärer Fußballer,
auch desjenigen, der die
Fußballabteilung betreiben
wollen. Fußball und
Tennis miteinander.
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Turnen.
Jugendkraft Heil!
Turnverein Pönnitz.
Von jetzt ab sind die
Übungsstunden
jeder 2. Donner-
stag abend von 8 bis
9 Uhr im Vereinslokal
zum „Kurfürsten“
(kleiner Saal).
Besonders die
Jugend, gewonne-
nen neuen Turnfreunde
sollen sich hierzu
anmelden. 48201
Der Turnwart.
Geflügelzuchtverein
Rhede.
Bei der am 18. und
19. November in Bielefeld
stattfindenden
Lokal-
Geflügelausstellung
werden die Mitglieder
eingeladen. Eben-
falls zu der am 19. Nov.
stattfindenden Kreisvor-
sitzung. — Abfahrt
5 Uhr nach.
Der Vorstand.
S. G. V.
Abtlg.
Bocholt.
Mittwoch abend
9 1/2 Uhr pünktlich:
Geflügelprobe.
Erscheinen! 48196
Der Vorstand.

Die Sozialdemokratie sich dadurch getäuscht fühlte, daß der Kanzler ihr nicht von vornherein gesagt habe, er steuere auf die große Koalition hin, daß er sie vielmehr in dem Glauben gelassen habe, es handle sich lediglich um eine harmlose Ergänzung des Kabinetts.

Es entbehrt nicht einer gewissen Tragik, daß Dr. Wirth dem Reichspräsidenten die Rücktrittserklärung des Kabinetts, das seinen Namen trägt, zu einem Zeitpunkt übergeben mußte, der hart vor dem Augenblick liegt, in dem, wenn nicht alles täuscht, die Entente durch die Reparationskommission zum Ausdruck bringen wird, daß die Wirth'sche Erfüllungspolitik den Beweis erbracht habe, daß Unmögliches von Deutschland verlangt worden sei und daher die Reparationsansprüche der Alliierten auf ein für Deutschland und auch für die Weltwirtschaft erträgliches Maß herabgeschraubt werden müßten. Die Tragik würde gemindert werden, wenn Dr. Wirth, zu dem als einem Mann von ganz besonderen Fähigkeiten und größtem Willen und Verantwortungsgefühl die Führer des Zentrums vollstes Vertrauen haben, auch an die Spitze des neu zu bildenden Kabinetts treten würde, womit ihm die Gelegenheit gegeben würde, für Reich und Volk den Erfolg dieser Politik nutzbar zu machen, die er ungeachtet aller Anfeindungen und zunehmender Unpopularität mit vorausschauendem Blick durchgeführt hat. Ist es nicht unwahrscheinlich, daß ihn der Reichspräsident, von dessen oft bewährter Vermittlung in schwierigen Situationen auch jetzt eine Stärkung zu erwarten ist, mit der Kabinettsbildung betrauen wird, — es wird allerdings auch der Name Dr. A. v. A. u. e. r. s., des Oberbürgermeisters von Köln und Vorsitzenden des preußischen Staatsrates genannt — so ist doch anzunehmen, daß Dr. Hermes, als dessen Nachfolger Graf Roederer genannt wird, Reichsverkehrsminister Groener und Reichspostminister Giesberts bei der Neueinsetzung ihrer Posten nicht in Frage kommen werden. Es ist allerdings schwer, in dieser Beziehung etwas vorauszu sagen, in einem Augenblick, wo überhaupt noch nicht feststeht, wem es gelingen wird, den Reichswagen wieder in Gang zu bringen. In den Besprechungen, die die Parteiführer heute mit dem Reichspräsidenten hatten, soll wiederholt die Bildung eines Kabinetts aus führenden Persönlichkeiten ohne parlamentarische Bindung zur Sprache gekommen sein. Das würde praktisch doch darauf hinauslaufen, was Dr. Wirth zum Schluß wollte: ein Kabinett, das sich auf die Parteien der breiten Mitte zu stützen vermag.

Innerpolitische Umschau.

* **Westfalens voraussichtliche Wahlkreise.** Aus dem Entwurf zur Veränderung des Reichswahlgesetzes geht hervor, daß die Provinz Westfalen künftig in vier Wahlkreise zerfallen wird: 1. Münster, 2. Minden (einschließlich der Grafschaften Schaumburg und Lippe), 3. Arnberg West (frühere Wahlkreise Dortmund-Hörde und Gelsenkirchen-Bochum), 4. Arnberg Ost (Rest des Regierungsbezirks).

* **Weitere Einschränkung des Personalbestandes bei der Post.** Das ständig anwachsende Defizit der Reichspost zwingt die Verwaltung zu weiteren Sparmaßnahmen. Da der Verkehr auf fast allen Gebieten zurückgegangen ist, und schon aus diesem Grunde eine Einschränkung des Beamtenkörpers notwendig wird, sollen in den nächsten Monaten 20.000 Postbeamte in den Dienst der Finanzverwaltung überführt werden. Es ist weiterhin beabsichtigt, im Laufe des Winters die jetzt noch beschäftigten Hilfskräfte, deren Beschäftigung überflüssig geworden ist, nach und nach zu entlassen.

* **Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.** Die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, um die sich das Reichsarbeitsministerium im Benehmen mit den übrigen beteiligten Stellen seit längerer Zeit bemüht hat, wird die Vollziehung des Reichsrats beschleunigen. Es ist mit einer namhaften Steigerung der Unterstützungssätze für die Erwerbslosen, insbesondere für Familienväter zu rechnen, die voraussichtlich bereits am 20. November in Wirksamkeit tritt.

* **Die Teuerungssaktion für die Beamten und Arbeiter.** Die Tatsache, daß bisher eine Einladung an die Spitzenorganisationen der Beamten und Arbeiter zu Verhandlungen über die Teuerungssaktion vom Reichsfinanzministerium noch nicht ergangen ist und daß der Rücktritt des Kabinetts Wirth die Möglichkeit in sich schließt, wird, wie aus Berlin gemeldet wird, die Organisationen veranlassen, auf eine Beschleunigung der Teuerungssaktion zu dringen.

* **Ein Wechsel in der deutschen Botschaft in Paris.** dürfte demnächst vorgenommen werden. Der Posten ist vor kurzem Dr. Hermes angeboten worden, der ihn aber ausgeschlagen hat.

* **Stilllegung von Bahnbauten.** Die ungeheure Verzerrung aller Materialkosten hat die Eisenbahnverwaltung gezwungen, von dem im Bau befindlichen Neubauten im ganzen Bereiche der Deutschen Reichsbahn, die rund 1800 Kilometer umfassen, nahezu die Hälfte, nämlich 860 Kilometer ganz oder teilweise stillzulegen. Fortgeführt werden die Arbeiten nur dort, wo entweder nur geringe Restarbeiten auszuführen sind oder wo zwingende wirtschaftliche Verhältnisse dies erfordern. Was den Bahnbau im Saar- und Siegerlande betrifft, so hat der preussische Landtag dem Reichsrat einen Antrag zugehen lassen, der eine beschleunigte Fortführung dieser Bauten vorsieht. Die Bauten sollen auch zu einer Verminderung der zu erwartenden Arbeitslosigkeit beitragen. Beantwortet ist weiter der Ausbau der seit fünf Jahren begonnenen Strecke Dortmund-Münster, sowie der Beginn des seit Jahren für notwendig erklärten Baues der Nord-Südlinie Hamm-Melmerode-Hüsten-Allendorf-Finnentrop und schließlich der Anschluß der Sönnetalbahn an die Ruhr-Siegbahn.

* **Die Arbeitsgemeinschaft in Bremen.** Wie sich im Reichstag die bürgerlichen Parteien der Mitte zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen haben, so ist auch in der bremischen Bürgerchaft die Gründung einer gleichartigen Arbeitsgruppe vollzogen worden, in der das Zentrum durch seine zwei Bürgerparlamentarier vertreten ist. Die aus 55 Mitgliedern bestehende Arbeitsgruppe ist der Vereinigten sozialdemokratischen Fraktion im vier Mitglieder überlegen. Die Sozialisten hatten nach ihrer Vereinigung die Befragung des Präsidenten beantragt und wollten dafür den als Führer der Unabhängigen besonders hervorgetretenen Volksschullehrer Lübbeling wählen. Bislang war der Demokrat Dunkel Präsident und als solcher auch von der Volkspartei und den So-

zialisten nach erfolgter Wahl bestätigt. Obwohl er sein Amt vorzüglich zu verwalten wußte, legte er es nieder, um der größten, der sozialistischen Fraktion, nicht im Wege zu stehen. Er wurde jetzt aber mit 59 Stimmen gegen 48 für Lübbeling wiedergewählt. Bekanntlich gehören dem Senat keine Sozialisten an. Auch hat die bürgerliche Mehrheit in der Bürgerchaft ein begriffliches Interesse daran, den Präsidenten zu stellen. Die parlamentarische Arbeitsgruppe wird die Arbeit um die Wahlen vereinfachen und in geeigneten Fragen zusammengehen, doch bedeutet der Zusammenschluß keine Parteigemeinschaft.

* **Der Kulturkampf in Sachsen.** Wie wir vor einigen Tagen gemeldet haben, hat das Kultusministerium des Freistaates Sachsen gegen das bischöfliche Ordinariat, das die katholischen Eltern aufgefordert hat, ihre Kinder am Allerheiligentage nicht zur Schule zu schicken, und gegen die Eltern, die dieser Aufforderung nachgekommen sind, ein Strafverfahren beantragt. Dazu wird der „Köln. Volkszeitung“ aus Dresden geschrieben, daß am Tage, bevor das Strafverfahren gegen das bischöfliche Ordinariat angehängt wurde, eine Erklärung des Ministeriums erschienen war, die besagte, daß die Feiertagsverordnung des Ministeriums auf die kathol. Volksschulen nicht ausgedehnt werden sollte. Folglich haben die katholischen Eltern in Dresden, Chemnitz, Leipzig usw. ihre Volksschulen am 1. November nicht nur zu schließen gemußt, sondern auch durchgesetzt, daß ihre Meinung vom Kultusministerium wenigstens nachträglich geteilt wurde. Nach dem Siege der Ansicht der katholischen Eltern sollte das Ministerium doch lieber nicht mit einem Strafverfahren drohen, über dessen Ausgang seine Juristen es jedenfalls besser unterrichten werden wie die Mehrzahl der Mitglieder des sächsischen Lehrervereins.

* **3-jährige Steuerfreiheit für Siedlungsbauten.** Der Grundsteuerabzug des preussischen Landtages beschloß, daß Wohngebäude, die nach dem 1. Juli 1918 errichtet wurden, und Siedlungsbauten auf drei Jahre steuerfrei bleiben sollen. Genossenschaften, die Kleinwohnungen bauen, und Siedlungsgesellschaften sollen während der Bauzeit und der Vorbereitung der Siedlung Steuerfreiheit genießen. Die Gemeinden erhalten das Recht, Zuschläge zu der staatlichen Steuer zu erheben. Zuschläge über 200 Prozent dürfen nur in Ausnahmefällen erhoben werden.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 15. November. (Tel.) Präsident Ebert eröffnet die Sitzung gegen drei Uhr mit der Mitteilung, daß der Vertreter Chiles dem Reichstag den Dank für die Anteilnahme und Unterstützung zur Erdbebenkatastrophe ausgesprochen habe.

Der Initiativantrag der großen Parteien, der das Entschädigungsverfahren für die verbrannten Kolonial- und Auslandsdeutschen verbessert, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Godann begründete Abg. Schreiber (Zentrum) die Interpellation seiner Partei, welche Abhilfe für die Not der deutschen Wissenschaft verlangt. Große Forschungsinstitute müßten aus Geldmangel ihre Arbeit einstellen und der Anlauf wissenschaftlicher Werte aus dem Auslande werde immer schwieriger. Führende wissenschaftliche Zeitschriften müßten eingehen. Die ganze Notlage der geistigen Arbeiter fordere dringend Abhilfe, wenn nicht intellektuelle und technische Grundlage unserer Kultur zu sehr erschüttert werden soll.

Staatssekretär Schulz: Die ersten Ursachen der Notlage der deutschen Wissenschaft reichen in die Kriegszeit zurück. Nach dem Kriege war die deutsche Regierung gern bereit, die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft mit der damals beträchtlichen Summe von 100.000 M. zu finanzieren. Die ungeheure Geldentwertung ließ aber alle damals ausgeworfenen Beträge nicht entfernt mehr zur Erfüllung dieser Zwecke ausreichen. Immerhin sei es dem Eingreifen der Reichsbehörden gelungen, den Zusammenbruch der deutschen Wissenschaft aufzuhalten. Das ist auch von der Wissenschaft anerkannt worden. Die in dem Etat für 1923 eingelegten Summen sind durch die letzte starke Geldentwertung wieder überholt worden. Wir rechnen auf eine Erhöhung durch Reichstag und Reichsrat. (Beifall.)

Auf Antrag Dr. Pfeiffer (Zentr.) wird die Besprechung der Interpellation beschlossen. Sie wird um 6 Uhr auf Donnerstag 2 Uhr verlegt.

Berlin, 15. November. (Drahtb.) Der Vizepräsident des Reichstages hat sich dahin entschieden, daß auch während der Regierungskrise die Sitzungen fortgesetzt werden sollen, da die Parteien sowie zu Besprechungen über die Befragung des Kabinetts veranlaßt werden müssen. Jedoch soll sich der Reichstag nur mit eigenen Angelegenheiten beschäftigen.

Trennung von Staat und Kirche in Sachsen.

München, 15. Nov. Der sächsische Ministerrat Bud, der in München in einer Versammlung des republikanischen Reichsbundes sprach, teilte dabei mit, daß Sachsen demnächst auf Grund des Artikels 12 der Reichsverfassung mit der Trennung von Kirche und Staat selbständig vorgehen werde und mit der Errichtung der Staatsschule „vorbildlich“ in Deutschland wirken werde.

Die Programmdebatte im bayerischen Landtag.

München, 14. November. (Drahtb.) Im Landtag fand heute die Aussprache über die Programmrede von Knilling statt, in der der Vertreter der Bayerischen Volkspartei, Abg. Wohlmuth, erklärte, seine Partei unterstütze voll und ganz die Ausföhrung von Knillings über das Verhältnis zum Reich. Der Sozialismus marschiere. Er sei der erste Schritt auf dem Wege für ein großes deutsches Vaterland. Der Ministerpräsident müsse sich für die Umgestaltung des Reiches im föderalistischen Sinne einsetzen. Es müsse ein Entwurf zur Reform der Weimarer Verfassung eingebracht werden. Der Ministerpräsident geniesse das volle Vertrauen seiner Partei.

Anschließend erklärte der Redner der Vereinigten Sozialdemokraten, Abg. Timm, seine Partei werde von Knilling unterstützen, wo er die Interessen der Allgemeinheit vertritt, ihn aber entschieden bekämpfen, wenn er einseitige Parteipolitik verfolge, gegen die Einheit des Reiches handle oder sich auf reaktionären Wegen bewegen wolle. Redner verlangt Auskunft vom Ministerpräsidenten darüber, was er gegenüber den „vergeblichen Vorgängen gegen die Sozialdemokratie“ zu tun gedenke und gegenüber der offenen Aufforderung zur Gewalt, wie sie in einem Artikel des „Selbstblattes“ zum Ausdruck kam.

Neue Erhöhung der Frachttarife.

Berlin, 15. Nov. (Drahtb.) Der Reichsverkehrsminister hat den ständigen Ausschuß des Reichsbahnrates einberufen, um ihn über die Folgen der ständigen Geldentwertung seit dem 1. November, dem Beginn der letzten Tarifherhöhung zu unterrichten. Nach mehrstündiger Beratung wurde folgende Entschlußfassung einstimmig angenommen: „Der ständige Ausschuß des Reichsbahnrates nimmt zur Kenntnis, daß die Steigerung der Löhne, Materialien und vor allem des Brennstoffes eine abermalige Erhöhung der Frachttarife notwendig erscheinen läßt.“

Er erwartet, daß diese Erhöhung sich in den engsten Grenzen, wobei aber die notwendigen Erhöhungen doch zum Ausdruck kommen, halten wird. Durch Mehrheitsbeschluß wurde noch ein Zusatz zu dieser Entschlußfassung gemacht, in dem die Erwartung ausgedrückt wird, daß die Verschönerung, die durch die Steigerung der Frachttarife für die einzelnen Güter eintreten, durch neue Entlastungen der Güter ausgeglichen wird.

Von den Rumänen abgelehnt.

Der mit der Leitung der Finanzverhandlungen vom deutschen Auswärtigen Amt beauftragte Geheimrat v. Römer ist von den rumänischen Regierung mit der Begründung abgelehnt worden, daß Herr v. Römer zu der rumänischen Friedensdelegation gehörte und 1918 den Frieden von Bukarest als erster wirtschaftlicher Delegierter des deutschen Kaiserreiches mit unterzeichnet habe.

Entspannung in Düsseldorf.

Düsseldorf, 15. Nov. (Telegr.) Heute vormittag ist eine merkliche Entspannung in der allgemeinen Lage eingetreten. In mehreren Betrieben wird wieder gearbeitet. Während der Nacht und auch während des Vormittags sind keine weiteren Ruhestörungen vorgekommen, dagegen versuchten Düsseldorf-Auswärtige, die Bewegung nach Wülfrath zu treiben und in die Schiffschiffe einzubringen. Sie wurden aber von der dortigen Polizei abgewiesen. Zur Zeit finden Verhandlungen zwischen den Streikenden, den Gewerkschaften und Arbeitgeberern statt.

Köln, 15. Nov. (Telegr.) Auch gestern fanden wieder Zusammenfassungen statt. In einigen Straßen zeigte sich die Menge ziemlich hartnäckig, so daß die Polizei von der Waffe Gebrauch machen mußte. Ob ernstliche Verletzungen vorgekommen sind, steht noch nicht fest. Der Polizei gelang es schließlich, die Masse zu zerstreuen. Plünderungen sind, soweit sie zur Mitternacht stunde Meldungen vorliegen, nicht mehr vorgekommen. Auch haben sich nach Mitternacht keine Störungen mehr bemerkbar gemacht.

Brabburg warnt von neuem.

London, 14. November. Der Pariser Berichterstatter des Times schreibt, Brabburg werde am Mittwoch (also gestern) nach London fahren, um der britischen Regierung die Berichte über die auf der Berliner Konferenz erzielten Ergebnisse zu unterbreiten. Brabburg teilte dem Berichterstatter mit, daß er sich während der ganzen Erörterungen in vollkommener Übereinstimmung mit Barthou befunden habe. Der Ernst der Lage in Deutschland werde sich von jedem Mitglied des Wiederherstellungsausschusses vollkommen anerkennen. Dies sei ein wertvolles Ergebnis des Berliner Besuchs. Wenn in Einzelheiten Meinungsverschiedenheiten auftauchen sollten, so würde dies allein auf Verschiedenheiten in den wirtschaftlichen Urteilen zurückzuführen sein. Wenn eine Katastrophe vermieden werden sollte, müßten sofortige Schritte getan werden. Es sei klar, daß der Ausschuß wenig tun könne, um den Deutschen zu helfen, wenn die Deutschen nicht bestrebt seien, sich selbst zu helfen. Der Ausschuß erwarte daher mit Bedauern die Unterbreitung eines Planes durch die deutsche Regierung, der die Stabilisierung der Mark bezwecke und Aussicht auf Erfolg haben würde. (Der Plan ist inzwischen überreicht worden.) Brabburg mißbilligte ernstlich irgendeine Politik der finanziellen Kontrolle oder des Zwanges. Eine solche Politik würde nach seiner Ansicht direkt zu einer Katastrophe führen, die unermesslich den Franken dahin führen werde, wo die Mark bereits stehe. Den französischen Interessen würde am besten gedient werden durch Zugeständnisse, die ein vereinigtes Vorgehen des Ausschusses und der Deutschen zur Wiederherstellung der finanziellen Stabilität in Deutschland sicherstellen würden. Wenn jedoch die deutsche Regierung untätig dastünde, so werde eine Katastrophe Deutschland befallen, und zerstörende Kräfte würden entfesselt werden, gegen die möglicherweise der Rhein und selbst der Kanal keine wirksame Schranke bieten würden.

Berlin, 14. November. Der ehemalige Freikorpsführer Hoff hat sich wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Die Orient-Krise.

Die Vorbereitungen für Lausanne.

Paris, 15. Nov. (Telegr.) Havas teilt halbamtlich mit: Lord Curzon habe gestern mit dem französischen Votschaffer in London eine Unterredung über die Vorbereitungen der Konferenz von Lausanne gehabt. Am Anschluß daran sei angedeutet worden, daß zwischen Poincare und Lord Curzon werde zwischen den beiden Regierungen verhandelt. Dadurch würde in großen Zügen die Haltung beider Regierungen bestimmt. Lord Curzon und Poincare hätten auf diese Weise die vorher zustandgekommenen Abmachungen nur noch endgültig klarzustellen. Zu diesem Zweck werde die englische Regierung ein Memorandum überreichen. Dieses behandle die Hauptfragen, in denen eine gemeinsame Haltung während der Friedensverhandlungen nötig erscheine. Die französische Regierung werde diese Note beantworten. Erst dann würde Zeit und Ort der Besprechungen zwischen Lord Curzon und Poincare bestimmt werden. — Nach einer weiteren Havas-Meldung wird das britische Memorandum morgen vormittag überreicht werden. Bemerkenswert ist, daß „Journal des Debats“ nicht von einer Zusammenkunft am Montag, sondern von einer interalliierten Besprechung spricht, der die englische Regierung zugestimmt habe, die anfangs der kommenden Woche entweder in Lausanne oder anderwärts stattfinden werde. Wie Havas mitteilt, hat Poincare heute vormittag eine Unterredung mit dem englischen Votschaffer Harding gehabt.

London, 15. Nov. (Drahtb.) Der britische Oberkommissar in Konstantinopel, fährt heute nach Lausanne ab.

Kirchliches.

* **Neue Kardinal.** Papst Pius XI. hat beschloffen, im Dezember ein Konsistorium abzuhalten. Einzel wie bis jetzt bekannt ist, werden zu Kardinalen freiwillig werden: Abg. Naja li Acca, ehemals päpstlicher Großalmosenier und jetzt Erzbischof von Bologna, Abg. Tosi, der Nachfolger des Papstes auf dem Stuhl des hl. Karl Borromäus, Abg. Bonzano, Kardinal der Lateran für die Vereinigten Staaten, Abg. L. C. telli, Kardinal für Portugal. Außerdem dürften noch zwei französische Prälaten den Purpur erhalten als Ersatz für den verstorbenen Bischof von Montpellier und den von Rouen, der nach Paris versetzt wurde. Auch der Erzbischof von Toledo verlangt einen Kardinal.

* **Ein neuer Kölner Domkapitular.** Der Stiftheerr A. v. A. u. e. r. in Vachen, ein Bruder des Kölner Oberbürgermeisters, ist zum Domkapitular in Köln ernannt worden.

Wespe

* Münster. Monsignore reudomkapitular.

* Münster. Für kommen die Bäckerei, eine große Preden: W. Bedeutung der Regierungsstellen über das.

* Münster. ben gertrüben den Söhnen einigen Göttern Wirth und Wirth endlich derherzuftelle volle Fenster.

* Warenden Stad Warenden feiern. Es finden.

* Coesfeld. Göttern fand Coesfeld statt se geladen.

* Antrage die teit der Strafen und betonte, Organisation.

* Zeit die Star Gewerbe von Wirtstand in eine außerord zur Erziehung.

* In einer Stra mit der an demselben St.

* Vorstände der ner fanden die schlossen sich zu dem Wirt.

* schloß die Ber ten aus läm älter Zeit in.

* Wette einze Kirche me von 61.000 Dorf und den Kartoffeln un mit einem Te toratswohnun.

* Unifor tit.) Der W hier bei seiner wohnenden B verchiedenheit Verlauf er u hielt, u. a. w.

* selbst im durc sofort ins Kr karniederlegt.

* Welter Tagesarbeiter Giese des Ze Toie hatte un erst durch eine den muß.

* Welter gerer Zeit ma Duisburg-Bei gelang, den T äußerlich unde stern ließ die Duisburger S Lademeister, w die Diebstähle, magen, ausgefi weniger als ei Zum Zeit hand man bisher da noch weitere a.

* Welter der Preußisch-Million ist na find fast durchw.

Bo

= Deutma achtete ein Ph Schlosses in W Personen, die einem jungen hatte, kam er i Wortwechsel, de Burchen einen suchte sogar, de die Spree zu n volkst nahm i von dem Denk sein Schwert Teile wurden in Schlossplatz war deren Burchen.

= Selbstm Berlin durch G Zeit und brach Tod festgestellt i Künsterin in de ter eines namh in vor zwei i Mitwirkung in hatte sich auch i

= Revolue Parrer Uli am Sonntag in Dielas strengen versuch wurde, wie die ihn zwei Schi ist unbekannt.

= Selbstm Firma hat die durchgeföhrt, in fterung, insbeson häßlichmähig bi den deutschen B geschaffen. Der verfahren's bist ein Pfund, und matisch weiter u monatlicher U von 3 bis 4 Du

Westfalen und Rheinland.

× Münster, 15. November. (Ernennung.) Der Landeshauptmann von Westfalen Herr Franz Richter zu Bocholt wurde zum Ehrenmitglied ernannt.

× Münster, 15. November. (Bäcker und Siedlungsband.) Für kommenden Sonntag, den 19. November, hat der westfälische Bäcker- und Siedlungsband im Rottelheim, Schillerstraße, eine große öffentliche Versammlung einberufen. Es werden sprechen: Wirtschaftsminister Rönneburg-Braunschweig über die Bedeutung der Siedlungs- und Pachtungsgelegenheiten für unser Volk; Regierungsrat Dr. Wenzel vom Reichsarbeitsministerium Berlin über das kommende Pachtgesetz und Bodenrecht.

× Münster, 15. November. (Für 40 000 Mark Renten.) Ein hiesiger Dachdeckermeister und seine beiden Söhne fingen in einem Restaurant an der Schillerstraße mit einigen Gästen und schließlich mit dem dazwischentreitenden Wirt und seinen Angehörigen Streitigkeiten an. Als es dem Wirt endlich gelang, durch Entfernung der Leute die Ruhe wiederherzustellen, geriet er mit dem neun zum Teil sehr wertvollen Inventar im Gesamtwert von 40 000 M.

× Barendorf, 15. November. (700jähriges Beisehen.) Die Stadt Barendorf feiert im Jahre 1924 ihr 700jähriges Beisehen. Es soll eine würdige, aber einfache Veranstaltung stattfinden.

× Coesfeld, 15. November. (Wirt-Verband Münsterland.) Gestern fand die Generalversammlung des Kreisverbandes Coesfeld statt. Hierzu waren Vertreter der benachbarten Kreise geladen. Der Vorsitzende Beder begrüßte in einer längeren Ansprache die erschienenen, wies vor allem auf die Notwendigkeit der strengen Organisation des gesamten Wirtgewerbes hin und betonte, daß sich auch selbst die kleinsten Orte festes der Organisation anschließen müßten, um in der heutigen schweren Zeit die Standesinteressen in richtiger Weise vertreten und das Gewerbe vor dem Untergang bewahren zu können. Der Wirtverband müsse sich bewußt sein, daß er im öffentlichen Leben eine außerordentlich wichtige Rolle spiele. Der Wirt könne viel zur Erziehung, aber auch zur Verberbung des Volkes beitragen. In einer kraft gelassenen Organisation bedeute er eine Macht mit der an maßgebenden Stellen gerechnet werden müsse. In demselben Sinne sprach der Syndikus Dr. Bergmeyer. Die Redner fanden den vollen Beifall der Versammlung. Einleitend schloß sich sämtliche Kreise des Regierungsbezirks Münster zu dem Wirtverband Münsterland zusammen. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit dem Wunsch, daß sich die Delegierten aus sämtlichen Kreisen möglichst zahlreich zu der in nächster Zeit in Münster stattfindenden Tagung einfinden möchten.

× Weitingen, 15. November. (Großer Opfermann.) Eine einzige Kirschenallee für das Krankenhaus erzielte die Summe von 61 000 M. Die Hauskassette für das Krankenhaus im Dorf und den einzelnen Bauernschaften brachte viele Früchte an Kartoffeln und Korn. — Die Bauernschaften Bilt und Haddorf mit einem Teile von Rottenberg brachten zugunsten der Rettungswohnung und der Rettungswohnung über 800 000 M. auf.

× Vintfort, 15. November. (In der Hitze der Parteipolitik.) Der Bergmann Heinrich Braun aus Gellertshagen, der hier bei seinen Eltern zu Besuch weilte, geriet mit seinem hier wohnenden Bruder Wilhelm wegen parteipolitischer Meinungsverschiedenheiten auf der Straße in einen Streit, in dessen Verlauf er von diesem mit einem Messer mehrere Stiche erhielt, u. a. wurde die Hauptschlagader unter dem linken Schlüsselbein durchgeschnitten. Lebensgefährlich verwundet mußte er sofort ins Krankenhaus gebracht werden, wo er hoffnungslos darniederliegt.

× Weisfeld, 15. November. (Tot aufgefunden.) Der Tagesarbeiter Konrad Wad, Bismarckstraße 26, wurde im Geleise des Zehnbadhofes Westhausen tot aufgefunden. Der Tote hatte nur eine kleine Verletzung an der Stirn, jedoch erst durch eine Leichenöffnung die Todesursache festgestellt werden muß.

× Duisburg, 14. November. (Rohrverletzungen.) Seit längerer Zeit war das Gerede der Reisenden in den Schnellzügen Duisburg-Weisfeld planmäßig geplündert worden, ohne daß es gelang, den Täter auf die Spur zu kommen, da die Röhre äußerlich unversehrt an ihrem Bestimmungsort ankam. Gestern ließ die Röhre Eisenbahnpolizei auf dem Duisburger Hauptbahnhof 13 Beamte, meist Fußgänger und Radfahrer, verhaften, die in dem dringenden Verdacht stehen, die Diebstähle, teils in der hiesigen Station, teils im Gepäckwagen, ausgeführt zu haben. Einem der Beamten wurden nicht weniger als ein halbes hundert Rohrstückchen abgenommen. Zum Teil handelt es sich um alte langjährige Beamte, zu denen man bisher das größte Vertrauen hatte. Man nimmt an, daß noch weitere Verhaftungen vorgenommen werden.

× Barmen, 15. November. (Gewinner.) Ein Hauptgewinn der Preussisch-Südwestfälischen Klassenlotterie im Betrage von 1 Million ist nach Barmen gefallen. Die glücklichen Gewinner sind fast durchweg Arbeiter und kleine Geschäftleute.

Von Nah und Fern.

× Denkmalschänder. Am vergangenen Sonnabend beobachtete ein Fotograf, der sich ständig in der Nähe des Schlosses in Berlin aufhält, um Aufnahmen zu machen, mehrere Personen, die sich am Nationaldenkmal herumdrückten. Mit einem jungen Manne, der sich besonders verdächtig gemacht hatte, kam er in ein Gespräch. Es entspann sich schließlich ein Wortwechsel, der damit endete, daß der Fotograf von dem Verdächtigten einen Stoß gegen die Brust erhielt. Der Vorfall wurde sofort den Photographen über das Gelände hinweg in die Spree zu werfen. Ein hinzukommender Beamter der Schutzpolizei nahm ihn daraufhin fest. Es stellte sich heraus, daß von dem Denkmal mehrere Bronzestücke abgeschlagen und von einem Schwert der Kasse abgehoben worden war. Mehrere Teile wurden noch gefunden. Auch der Begasbrunnen auf dem Schlossplatz war von den Dieben beschlagnahmt worden. Die anderen Verursacher waren unterdessen verschwunden.

× Selbstmord. Die Schauspielerin Olga Wojan hat sich in Berlin durch Gift getötet. Man fand sie bewußtlos in ihrem Bett und brachte sie in ein Sanatorium, wo aber nur noch der Tod festgestellt werden konnte. Eine unerwiderliche Liebe soll die Künstlerin in den Tod getrieben haben. Olga Wojan, die Tochter eines namhaften schlesischen Schauspielers, wurde in Berlin vor zwei Jahren im Theater „Die Tribüne“ durch ihre Mitwirkung in Webers „Frau Jenny“ besonders bekannt und hatte sich auch in literarischen Kabarets einen Namen gemacht.

× Revolververbrechen im Wahlkampf. Als Reichstagsabg. Harrer Ullrich, Führer der oberelschischen Zentrumspartei, am Sonntag nach einer stürmischen verlaufenen Wahlversammlung in Opatowitz, Kreis Kottbus, die die Sozialdemokraten zu brechen versuchten, in einem Kraftwagen den Ort verließ, wurde, wie die Breslauer Neuesten Nachrichten melden, gegen ihn zwei Schüsse abgefeuert, die jedoch fehlgingen. Der Täter ist unbekannt.

× Südwestafrikanisches Trockenfleisch. Eine Berliner Firma hat die Einfuhr von südwestafrikanischem Trockenfleisch durchgeföhrt, und dadurch sowohl der minderbemittelten Bevölkerung, insbesondere dem notleidenden Mittelstande eine verhältnismäßig billige Fleischlieferung, als auch gleichzeitig den deutschen Farmern in Deutsch-Südwestafrika einen Absatz geschaffen. Der infolge der Einfachheit des ganzen Herstellungsverfahrens billige Preis beträgt gegenwärtig 160 Mark für ein Pfund, und dürfte beim Nachlassen des Dollarkurses automatisch weiter zurückgehen. Das Fleisch bietet die Möglichkeit monatlicher Aufnahmungen. Es gelangt bereits in Etiden von 3 bis 4 Pfund zum Verkauf.

Handel und Volkswirtschaft.

Ämtlicher Berliner Dollarkurs: 7496,21 Mk.

Berliner Warenkennzeichnungsliste.

Berlin, 15. November. (Draht.) Es lagen heute überwiegende Verkaufsaufträge vor, wobei die Börse zu Beginn eine schwächere Haltung hatte. Auch die Rückkäufe, die nach den ersten Kurzen die Spekulation teilweise vornahm, änderten kaum etwas an der schwächeren Tendenz, da besonders die Regierungstriffe und die Lebensmittelpreise verdrängten. Am Montagmarkt zeigten sich nur harter durch feste Haltung aus. Sie zogen bis zu 2500 an. Die übrigen Werte blieben schwächer, vor allem Essener Steinföhle (— 2750). Auch oberste schließliche Werte waren stark abgeschwächt. Laurahütte — 1900. Von Kalkwerten waren Deutsche Kali um 1000 gedrückt. Chemische Werte verzeichneten ebenfalls Rückgänge um mehrere 100. Auch die Werte des Elektromarktes, Akkumulatoren — 6000, Waggon, Maschinen, Textil, Metall gleichfalls schwächer. Ausländische Renten erheblich gedrückt. Am Schiffahrtsmarkt bis — 200. Hamburg Süd bis — 1000. Die Tendenz blieb im weiteren Verlauf dieselbe.

Berliner Kurse

Fonds und Staatspapiere.	15. 11.	18. 11.	15. 11.	18. 11.
D. Reichsschatz II	—	—	Feldmühle Pop.	—
D. Reichsschatz III	100,25	125	Felton & Guilleaume	3200
D. Reichsschatz 4-6	85,60	85,60	Friedrichsh. Kali	—
D. Reichsschatz 6-9	78	78,75	Gasmotoren Deuts.	3100
D. Reichsschatz 1924	92	91,75	Gelsenk. Bergwerke	16025
5% D. Reichsanleihe	80,75	80	„ „ „ „	18100
4% D. Reichsanleihe	850	850	„ „ „ „	3200
3% D. Reichsanleihe	840	830	Georgs-Marienhütte	—
D. Sparpräm.-Anleihe	125	125	Germania Portl.-Cem.	3175
4% Preuss. Konsols	149,90	139	Gladbacher Wollind.	—
4% Westf. Prov.-Anl.	—	—	Goldschmidt	4102
Schiffahrts-Akt.	—	—	Hammes	2510
Hamb.-Amer. Paketf.	2510	2800	Harkort Bergw.-St.Pr.	15000
Hansa Dampfschiff.	1776	2000	Harpener Bergbau	45000
Nordd. Lloyd	1700	1810	Harp. El.-u. Stahlw.	13000
Bank-Aktien.	—	—	Hilpert Masch.	18870
Barm. Bankverein	725	775	Hirsch Kupfer	6900
Deutsche Bank	3130	3265	Hochst. Farbwerke	4740
Dresdner Bank	1750	2000	Hoesch Stahlwerke	18560
Diskonto Ges.	—	—	Hohenlohe Werke	6500
Essener Kreditanst.	900	800	Höxter Godelz.-Z.	2400
Nationalb. f. Deutschl.	—	—	Humboldt Masch.	2700
Osnabrücker Bank	800	—	Kallw. Ascherleben	4875
Reichsbank	1200	—	Kasseler Federstahl	3510
Brauerelen.	—	—	Klausner Spinnerei	18485
Dortm. Aktien-Br.	2400	2500	Köln-Rottw.-Pulverf.	3525
Dortm. Union-Br.	2100	—	Köln-Rottw.-Pulverf.	4050
Isenbock Hamm	—	—	Körting Gebr.	1855
Wicküler Kopper	—	—	Krefft, W.	2700
Industrie-Akt.	—	—	Koppersbusch	5425
Aachener Spinnerei	6550	7300	Laumeyer & Co.	1530
Akkumul.-Fabrik	4900	5750	Laurahütte	7900
A. G. für Anilinfabr.	4150	4000	Linke-Hofmann-W.	2750
Allg. Elektr. Werke	7900	8700	L. Löwe & Co.	4700
Anglo-Cont. Guan.	—	—	Lothring. Hütten	7860
Aplerbecker Steink.	—	—	Luther Maschinen	6925
Arenberg Bergbau	6150	6200	Mannesmann Röhren	6560
Augsh.-N. Masch.	6560	7600	Manfelder Aktien	5100
Bad. Anilin und Soda	2098	3000	Mark Portl.-Cem.	—
Baleke Maschinen	4000	3800	Meth. Bergwerk-V.	13000
J. Banning A.-G.	6800	6500	Nord. Wollkammerei	10500
Baroper Walzwerke	—	—	Orenstein & Koppel	6200
Berg Carl, Evoking	2425	2800	Phönix Bergw. Akt.	12000
Bergmann Elektr.	8100	8600	Porta Union	5660
Berlin-Gub. Hüt.	1325	1775	Reichelt Metall	2500
Bing-Masch.	9300	10000	Reisholz Papier	1750
Bismarckhütte	13000	15700	Rhein. Stahlwerke	12000
Bochumer Gußstahl	8510	3750	Rhein.-Westf. Kalkw.	8000
Börsenw. Walzwerk	—	—	Rh.-Westf. Sprongr.	2250
Bremer Wollindust.	—	—	Rhein.-Westf. Zement	3000
Bunder Eisenwerke	4500	5480	Rombacher Hütten	4475
Buech, Lössenwerke	2800	3250	Rüttgerswerke	8400
Chem. Ind. Gelsenk.	20200	25000	Sarotti	—
Consolidation	—	—	Schuckert Elektr.	6000
Daimler Motoren	1500	1649	Siegen-Sollingen	1400
D.-Lux. Bergwerke	11200	13000	Siemens & Halske	9500
Deutsche Erdöl	28300	29000	Stollberg Zinkh.	10500
Deutsche Kaliwerke	7950	9000	Tecklenburg Schiff	3340
Deutsche Walfenfab.	8400	9600	Ver. Diab. Nickelw.	4600
Dürkoppwerke	2400	2600	V. Glanzst. Elberfeld	12000
Düsseld. Kammgarn	—	—	Wasserwerk Gelsenk.	995
Dynamit A. Nobel	3800	4190	West. Drahtindust.	6000
Eisenhütten-Fabrik	5110	8998	Do. Eisen-u. Drahtw.	2500
Elektr. Licht u. Kraft	2550	3025	Kupferwerke	3600
Essener Steinkohlen	10100	18240	Wickling Portl.-Zem.	5000
Fein Jute	—	—	Wiesner Metall	5000
			Wittener Gußstahl	13000

Berliner Devisenkurse.

	15. 11.	14. 11.
Amsterdam	2952,80	2967,40
Bahia	458,85	461,15
Brissantia	1871,54	1878,44
Canton	15,62,22	15,75,78
Colon	2009,96	2020,04
Hongkong	84,14	84,48
London	336,65,83	337,84,15
Manila	7,49,21	7,53,39
Peking	49,28	49,74
Shanghai	13,65,55	13,73,43
Singapur	1129,68	1135,34
Sourabaya	8,77	8,83
Wien	238,40	238,60
Yokohama	48,23	48,44

Nachbörse des Dollar: 7500.

Berliner Produktenbörse.

Berlin, 15. November. (Draht.) Bei der durch den Rücktritt der Regierung geschaffenen Lage und der neuen Steigerung der Devisen war auch die Notierung am Produktenmarkt bei geringer Unternehmungslust wieder hoch. In Weizen waren die Umsätze ganz unbedeutend, für Roggen etwas mehr. Aufsteig. sonst auch für Hafer und Weizen. In Futtermitteln war höher.

Es wurde im einzelnen bezahlt: Für Weizen (märk.) 12 900 — 12 200 M., Roggen (märk.) 11 600 — 800 M., Gerste (Sommer) 13 800 — 13 000 M., Hafer (märk.) 13 350 — 450 M., (pomm.) 13 200 — 850 M., Weizenmehl 37 000 — 39 500 M., Roggenmehl 32 000 — 34 500 M., Weizenkleie 7000 M., Roggenkleie 7000 M., Raps 20 — 21 000 M.

Für 50 Kilo in Markt ab Abladestation: Vitoriaerbsen 20 — 24 000 M., Speiseerbsen 20 — 21 500 M., Beluichten 14 — 15 500 M., Widen 15 500 — 19 500 M., blaue Lupinen 14 — 15 000 M., gelbe Lupinen 15 500 — 16 500 M., Rapsstuden 8000 M., Traubenkirschen 6100 — 300 M., Zuckerrüben 8 — 8200 M., Torfmehl 4 — 4200 M.

Dortmunder Viehmarkt.

Dortmund, 15. November. (Draht.) Zum heutigen Viehmarkt waren aufgetrieben 1430 Stück Großvieh, 216 Schweine. Der Handel auf dem Großviehmarkt war langsam. Bezahl wurden für Kühe a) 250 — 300 000 M., b) 190 — 250 000 M., c) 90 — 190 000 M., Rinder a) 170 — 200 000 M., b) 120 — 170 000 M., c) 70 — 120 000 M. Besonders gute Tiere wurden über Notig bezahlt. Auf dem Schweinemarkt wickelte sich der Handel langsam ab. Es wurde bezahlt für Ferkel 6 — 8 Wochen 7 — 9000 M., 8 — 10 Wochen 10 — 15 000 M., 10 — 12 Wochen 15 — 25 000 M., Ferkel 12 Wochen wurden mit 25 — 40 000 M. bezahlt. Nächster Markt Donnerstag, den 23. November.

* Viehmarkt in Ibbenbüren. Der gestrige Viehmarkt war nur mäßig beschickt. Für 6 bis 8wöchige Saugschweine wurden 6000 — 10 000 M. gefordert, für 13 — 15wöchige Käufer bis 15 000 M.

Die Kohlenverteilung in Europa.

Während das britische Inland genau wie 1913 heute mit 25,7 Prozent am europäischen Kohlenmarkt beteiligt ist, ist der Anteil Deutschlands von 53,1 auf 32,8 Prozent zurückgegangen, wogegen Frankreich mit Belgien und Polen in ihrem Kohlenanteil von 8,3 auf 36 Prozent hinausgeschwungen sind. Ebenfalls liegen die Dinge bei der Erzeugung. Die englische Kohlenproduktion belief sich 1913 auf 48 Prozent, die Deutschlands auf 32, die französische, belgische und polnische auf 10,4 Prozent. Heute ist das Verhältnis von Deutschland zu Frankreich mit Belgien und Polen wie 23:21. Nicht anders ist es bezüglich des Anteils an der europäischen Eisenproduktion. Ist die englische mit 15,2 die gleiche geblieben, so ist die deutsche von 33,8 auf 7 Prozent reduziert, während die französische, belgische und polnische von 20,4 auf 41,8 Prozent gestiegen ist. Entsprechend betrug die Kohlenproduktion und beträgt sie heute in England in Millionen Tonnen 10 500, in Deutschland ist sie von 19 300 auf 10 800 gesunken und in Frankreich mit Belgien und Polen von 5 200 auf 12 500 gestiegen.

* 72prozentige Kohlenpreiserhöhung. In der letzten gemeinsamen Sitzung des Reichskohlenverbandes und des großen Ausschusses des Reichskohlenrates wurden auf Grund der neuen Höhe im Bergbau die Kohlenhörspreise des Rheinisch-Westfälischen Kohlenverbands um durchschnittlich 72 Prozent erhöht. Kohlenförderer steigt damit auf 14 011 M. (bisher 8114 M.) die Tonne. Die Niederlassungen Ibbenbüren Kohle steigt um 4524 M. Die neuen Preise gelten ab 16. November. In dieser Erhöhung ist eine Verdoppelung der bisher 48 M. betragenden Einfuhrabgabe (Wohnungsabgabe) enthalten.

* Die Einfuhr englischer Kohlen. In den ersten 10 Tagen des November sind aus England 325 000 Tonnen Steinkohle und 9000 Tonnen Koks bezogen worden. Die Eisenbahn allein erhielt hiervon 190 000 Tonnen Steinkohle. Die Tonne englische Kohle kostet gegenwärtig in Hamburg 50 000 — 55 000 M. Im Oktober betrug die Gesamteinfuhr 1 414 Mill. Tonnen Kohlen und rund 40 000 Tonnen Koks.

* Rohstoffpreise. In Berlin wurden Dienstag folgende Großhandelspreise per 50 Kilo ab Station notiert: Draberg, Roggen- und Weizenstroh 4700 — 4800 M., besagl. Haferstroh 4700 — 4800 M., bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 4600 — 4700 M., gebündeltes Roggenlangstroh 4700 — 4800 M., tote und gebündeltes Krummstroh 4500 — 4600 M., Stroh 5400 — 5500 M., handelsübliches Heu 2850 — 2900 M., gutes Heu 2900 — 3000 M.

* Kartoffelnotierungen. Es wurden am 14. November in Berlin folgende Notierungen per 50 Kilo Erzeugerpreise ab märkischen Stationen gemacht: Speisefertigware, weiße und rote 450 — 480 M., gelbfleischige 550 M.

* Roggenanweisungen. Von der staatlichen Kreditanstalt Oldenburg sind nunmehr 1000 Roggenanweisungen ausgegeben. Sie wurden auf folgender Grundlage erteilt: Am 10. November notierte an der Berliner Börse inländischer (märkischer) Roggen durchschnittlich 12 000 M. per 50 Kilo ab märkischer Station. Da in den Roggenanweisungen zur Berechnung des Rückzahlungswertes die Lieferung des Roggens in Oldenburg vorgezogen ist, ist hierzu die Frucht von Berlin nach Oldenburg mit 378 M. per 50 Kilo hinzuzufügen. Da von einer Berechnung weiterer Nebentkosten Abstand genommen ist, stellen sich 50 Kilo Roggen danach auf 12 378 M. — Der erstmalige Grundpreis einer Roggenanweisung soll dem Gegenwert von 125 Kilo entsprechen, er beträgt also 30 945 M. Auf diesen Preis werden der Erwerber 5 Prozent Diskont bis zum 1. April 1923 zurückvergütet. — Die feierliche Erhöhung des erstmalig festgelegten Grundpreises bleibt der Staatsbankdirektion vorbehalten. Während der Einlieferungspreis unter Zugrundelegung der erwähnten Ausführungen berechnet wird, wird die Festlegung des Ausgabepreises einerseits von der Entwicklung des Roggenpreises und andererseits von der aufstrebenden Nachfrage nach Roggenanweisungen abhängig gemacht werden.

* Kali für Reparationszwecke. Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet mit größter Bestimmtheit, die französische Regierung habe neben 200 000 To. schwefelsaurem Ammoniak auf Reparationskonto für die zerstörten Gebiete die Lieferung von 50 000 To. Kali in Aussicht genommen.

* Die Beschaffung von Chile-Salpeter für die Landwirtschaft. Im landwirtschaftlichen Unterausschuss des Reichswirtschaftsrates wurde mitgeteilt, daß der Bedarf der Landwirtschaft an Chile-Salpeter, die eine Lieferung von mindestens 250 000 Tonnen verlangt, bei dem gegenwärtigen Weltmarktpreis von 18 Milliarden kosten würde. Unter diesen Umständen ist es für die Regierung unmöglich, weiter Mittel zur Beschaffung von Kali für die Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen, obwohl man gegenwärtig daran denkt, für die Kalibeschaffung Kredite aufzunehmen.

* Mindestpreise für Zigaretten. Das Zigarettenkartell erhöhte mit sofortiger Wirkung den Mindestpreis für Strangzigaretten von 18 auf 25 Mark; ferner setzte es den Mindestpreis für Strangzigaretten unter 400 Gr. Tabatgewicht auf 12 Mark, für Hochdruckzigaretten bis zu 450 Gr. Tabatgewicht auf 12 Mark, für solche mit 450 — 700 Gr. Tabatgewicht auf 14 Mark und für solche über 700 Gr. auf 25 Mark fest.

* Die Valuta der Oststaaten. In Österreich ist die Krone stabiler geworden, da nun auch das Ausland wieder größere Kronenkaufe tätigt. Die tschechoslowakische Krone hat ihren Höhepunkt überschritten, darum ist auch die Valuta dieses Landes wieder merklich fester. Es soll ein Preisabbau und Erparnisprogramm durchgeföhrt werden. In Rumänien hofft die Regierung gleichfalls, durch ihre Finanzpolitik den Lei (rumänische Geldeinheit) bis zu einem Kurse von 15 französischen Centimes zu bringen und ihn in dieser Höhe zu stabilisieren. Die ungarische Krone hat sich auf ihrem Stande behaupten können. In Polen hat die Regierung viele Sorgen. Silbkauf an fremden Börsen vorgenommen. Sie ließ an den deutschen Plätzen wie auch an der Danziger Börse große Mengen Polensmark aufkaufen. Hierdurch stieg die Valuta, allerdings vorübergehend der polnische Kurs. Man muß aber berücksichtigen, daß ein solches Vorgehen des polnischen Finanzministeriums, die polnische Mark unter allen Umständen vom Niedergang der deutschen Mark unabhängig zu machen, nur durch schwere Rückschläge auf das polnische Wirtschaftsleben zu ertausen ist.

Wirklich gute Möbel

kaufen Sie vorteilhaft in der
Magazinenossenschaft verein. Innungsmeister
Münster i. W. Größte Möbelausstellung Münsters Altersteinweg 16

Holz

sämtl. Laub- u. Nadel-
hölzer auch ganze
Bestände kauft zu
höchsten Preisen.
Dampfsägewerk
und Stuhlfabrik
B. Bücking, Coesfeld i. W.

Grammophon-

Platten,
zerbrochen und ab-
gespielt, werden zu
höchsten Tagespreis
angekauft oder in
Tausch genommen
für neue Platten.

J. Rindlsbacher,
Bocholt, Nordstr. 52.

Thomasmehl

zu Syndikatspreisen
wird evtl. gegen
Grubenholz
geliefert. Auf Wunsch
Barzahlung.

Offert. unt. V 8799
an die Annon.-Exp.
E. Vendel, Münster i. W.

Füllichteich.

Oel-

fässer

zu kaufen gesucht.

Oelwerke
G. Meguin
G. m. b. H.
Zweigfabrik
Soest i. W.

Einlechte Stütze

od. besseres in Küche
u. Hausarbeit erf. fahr.

Mädchen

für sofort gesucht.
Zweitmädchen vor-
handen.

Frau Carl Weyl,
Bocholt,
Friedenstraße 2.



Gebr. Knake
Münster
Bahnhofstr. 28

20jähr. kath.

Stellmachersgehilfe

sucht Stellung,
wo er sich im Kasten-
bau weiter ausbilden
kann. H. Lensing,
Groß-Reken Nr. 144

Suche für sofort

ein sauberes, ehr-
liches u. ansehnliches

Mädchen

aus achtb. Familie,
für Hausarbeit und
zum Bedienen der
Gäste. Etwas Nähen
sehr erwünscht.

Frau L. Einhaus,
Lüdinghausen.

Tüchtiger

Friseur-Gehilfe

und Volontär

gesucht.

Friseur Erwig,
Dorsten i. Westf.

Wir vergeben:

— Lohnende Vertretungen —
an solvente, bestens eingeführte Personen

Wir übernehmen:

Feuer-Versicherungen

von Haushaltungen, Warengeschäften,
Schreinerien, Mühlen, Landwirtschafts-
und allen sonstigen Fabrikbetrieben.

— Lebens-Versicherungen, —

Einbruchs-, Diebstahl-Versicherungen
auch alle anderen Versicherungsarten

H. Stüker, Generalagenturen,
Münster i. W., Windthorststraße 8.

Wir kaufen laufend

alle Holzarten

große und kleine Posten,
frei Waggon und ab Wald,
ebenso

stehenden Wald

zum Selbstlieb.

J. G. Grewe & Co.

Holzhandlung
Münster i. Westf.

Telefon 1826. Neustraße 8.

Moniereisen

10 mm Durchmesser sofort vom
Lager zum Festpreis lieferbar.

B. Wortmann, Coesfeld i. W.



Schmerz- und lehrnlose Enttarnung
in 2 Stunden von

BANDWURM

mit
Bestes Mittel geg. alle Eingeweidewürmer
Prospekt gegen 10 Mark Porto.

Niewels Naturheilmittel, Hamm i. W. N 24

Der kluge Mann

kauft

Brenntorf,

Torfstreu,

Torfmull

nur im

„Spezial-Geschäft“

Westfälische

Torfhandels-Gesellschaft

m. b. H.,
Münster i. Westf.

Zu den augenblicklich höchsten Tages-
preisen kaufe ich

Brennstoffe und Kontakte, alte

Gebisse,

auch zerbrochene einzelne Zähne.

Gold-,

Silber-,

Platin-

Gegenstände.

Je nach Höhe des Wertes und Vorzel-
gung dieser Anzeige vergüte ich Kunden aus
der näher. Umgebung ganze od. halbe Fahrt.

Edelmetallankauf,

Münster i. W.

Magdalenenstr. 22 I. Telefon 3358.

Zum 1. Dezember
oder später besseres

Mädchen

bel guter Behandlung
u. gutem Lohn für
kleinen Privathaushalt
gesucht.

Heuser, Bocholt i. W.,
Osterstraße 73.

la. silchische

Speise-

zwiebeln

hat abzugeben

B. Deilmann jun.,
Borken i. W.

MAGGI Würze

hilft in der Küche sparen.

Man verlange ausdrücklich MAGGI Würze.

Dünne Suppen und Fleischbrühe, Gemüse und Soßen

erhalten sofort kräftigen Wohlgeschmack durch Zusatz

einiger Tropfen MAGGI Würze.

Vorteilhaftester Bezug in plombierten Originalflaschen Nr. 6.

Karolas Leid und Liebe.

Roman von E. Grabowski.

32) (Nachdruck verboten.)

„So, hat die Alte Dir schon gekehrt? Daß doch die
Weiber das Traatschen nicht lassen können! Warum ich hier
bin? Kannst Du Dir das nicht selbst sagen? Dich habe ich
geliebt... nur Dich... Bist Du schon geworden — sapper-
lot, und vornehm! Sieh mich nicht so entsetzt an; ich bin
kein Menschenfresser! Ich wollte Dir nur meine Bistite
abstatten. Bin der neue Pächter von der Erholung in Roth-
häusel... hah, das macht Dir Spaß, glaub's schon; ich
werde nun wohl öfter die Ehre haben...“

Kassungslos lehnte Karola an dem durchbrochenen
Treppengeländer; ihre Hände krampften sich um das kalte
Eisen, das in Arabesken eine kunstvolle Schmiedearbeit aus
dem achtzehnten Jahrhundert zeigte. Sausend ging es ihr
durch den Kopf: Mein Friede ist dahin, wenn der Mensch
sich hier wirklich angekauft hat! Aber sie richtete sich auf;
muß ich das dulden? Gibt es nicht Mittel, ihn von mir
fernzuhalten?

Kurt betrachtete sie mit zornigem Blick aus den klei-
nen, halbgeschlossenen Augen. Die Nase hatte Furcht vor
ihm, er war also doch eine Macht in ihrem Leben!

„Spreiz Dich doch nicht so, ein freundliches Wort nach
so langer Trennung kannst Du mir schon gönnen, und
Deine Händchen wirst Du nicht beschmutzen, wenn Du sie
mir reichst...“

Er wollte noch etwas sagen, aber das Wort erstarrte
ihm im Munde, als er in das stolze und überraschte Gesicht
Herrn von Rixingen sah, der tam eben die breiten, mit
Leppichen belegten Stufen herauf, einen Pack Altten in der
Hand tragend. Auf dem obersten Treppenaßfahen blieb er
stehen, strebte, mußerte den Fremden, und sah verwundert
zu seiner Nichte hinüber. Er sah in ihrem blassen Gesicht
den tödlichen Schreck. Da glitt sein Blick wieder zu Kurt
zurück. Dessen Kleidung war gut, aber der Ausdruck seines
breiten Gesichtes und die ganze Haltung der unterlegten
Figur verrieten niedere Gesinnung.

Herr von Rixingen konnte sehr hochmütig sein; er maß
den Fremden von oben bis unten! „Was wollen Sie hier,
und wer sind Sie?“

Kurt ließ sich nicht einschüchtern, er pochte auf seine
Verwandtenrechte: „Wer ich bin... ha, ha... fragen Sie
diese da...“

Herr von Rixingen wandte sich fragend seiner Nichte
zu. Er sah ihre Verzweiflung, die Furcht und das Entsetzen
in den schönen Augen; da tam das Mißtrauen und flü-
sterte ihm zu: Hat mich Frau Emma nicht gewarnt, am
Tage unserer Abreise? Ist das vielleicht einer der Freunde,
von denen sie sprach? Aber schon der nächste Augenblick be-
wies ihm seinen Irrtum. Glehend hob Karola den Blick zu
ihm auf:

„Reite mich vor Kurt, Onkel, ich bitte Dich...“

Er pfiff ganz leise durch die Zähne, eine Angewohn-
heit, mit der er allerlei Gemütsstimmungen zu meistern
suchte. Das also war der Nefse seiner Schwester. — Im-
merhin ließ er nicht aus! Zum mindesten pochte er
absolut nicht zu seiner Nichte. Großmütig wirkte er, und
deutlich war es von seinem gefunden, edigem Gesicht zu
sehen: Ich diene dem Realismus in jeder Form. Rühl
sprach er ihn an: „Verlassen Sie mein Haus... Sie sehen
es doch, daß Sie hier keinen Anstich finden. Wir sind Sie
fremd, und meine Nichte wünscht Ihren Verkehr nicht...
Sie verzichtet gern auf die verwandtschaftlichen Beziehun-
gen...“

Die gebietende Haltung des vornehmen Mannes ver-
fehlte ihre Wirkung nicht. Kurt stammelte einige Entschul-
digungen, warf einen tückischen Blick auf Karola, einen
Blick voll versteckter Drohung und ging.

Bald meldete das wütende Gebell der Hunde, daß er
sich außerhalb des Schlosses befand. Mit einem langgezo-
gen Pfiff brachte Herr von Rixingen die aufgeregten Hunde
zur Ruhe, dann reichte er seiner Nichte den Arm und
führte sie in die Wohnung. Er streichelte ihre immer noch
blassen Wangen: „Beruhige Dich, Kind, der Bursche soll
Dich nicht mehr belästigen. Den wollten sie Dir aufhalsen?
Will's gern glauben, daß Du den nicht magst...“

„Lieber Herben!“ hauchte sie.

„Nu, so starke Gefühlsäußerungen sind hier nicht am
Platz; es kann Dich niemand zwingen. Im übrigen wol-
len wir uns den Patron schon fernhalten.“

Er hat die Erholung in Rothhäusel gepachtet...
Ueberrascht sah Herr von Rixingen auf: „Sieh mal...
wenn ich das gepacht hätte — man ist doch immer noch nicht
vorzüglich genug! Die Verpachtung ging durch mein Amt...“

auf den Namen des Pächters habe ich nicht geachtet —
Schmidt ist so allgemein. Auch habe ich nicht persönlich mit
ihm verhandelt, er hatte einen mir bekannten Anwalt...
Die Wirtschaft war ausgeschrieben, sie hatte wenig Bewer-
ber... Nun, mußig darf er sich nicht machen. Ich werde
ihn das wissen lassen. Er kann ausgewiesen werden, als
lästiger Ausländer, wenn's nötig wird. So, und nun sei
wieder tapfer. Margit scheint noch nicht da zu sein...“

„Wie wär's mit einer Partie Schach?“... „Er zog seine
Uhr, wir schafften sie noch bis zum Nachtmahl.“

Karola fühlte sich heute nicht in der Stimmung zum
Schachspielen. Die Erschütterung ihrer Seele zitterte noch
in ihr, sie wäre so gern allein geblieben, hätte so gern in
Einsamkeit ihre Ruhe gesucht. Aber sie war nicht mehr das
Naturkind der Oberniet, das ohne Bedenken ihren jewei-
ligen Stimmungen Ausdruck gab. Sie hatte es gelernt, sich
zu beherrschen; aber sie war doch heute eine schlechte Part-
nerin beim Spiel. Aufmerksam, mit ihren. Denken fern,
und Onkel Theodor ging es nicht besser. Er sah oft nach
der Uhr; nach der vergoldeten Rosolouhr, die auf dem
Kamin Sims stand und abwechselnd auf seine Taschenuhr.

„Ich glaube, meine Uhr geht vor...“, sagte er ein-
mal, nachdem er sich davon überzei gt hatte, daß die Ka-
minuhr nicht aufgezogen war und stand. „Es kann noch
nicht so spät sein, meine Frau weiß es doch, daß ich Pünkt-
lichkeit liebe, auch bezüglich der Stunden.“ Sie mühte
sich da sein... „Nerviglich zog er die Stirn zusammen,
als ein Vergleich mit Karolas richtig gehender Uhr es ihm
bewies, daß die Nachtmahlzeit wirklich schon überschritten
worden war. Das Spiel ging weiter, zur Qual Karolas;
sie verlor alle Spannkraft, ihre Gedanken gingen auf Rei-
sen: Johannes lebt — alles andere ging in dieser Wilschaft
unter. Eine Postkaff, die nach einiger Ueberlegung alles
Licht verloren hatte: Er lebt, aber ich bin tot für ihn. Das
war die Summe ihrer Grübele. n. Dann wieder ging Kurts
Gefalt durch ihr Denken, und sie sagte laut: „Ich muß es
Tante Emma mitteilen, wo Kurt gelandet ist...“

Da warf Onkel Theodor die Schachfiguren durchein-
ander.

„Du hastest Deinen König wieder bloß gestellt, zum
zweiten Mal schon, ich mühte Dich nach unserem Abkommen
dafür in Strafe nehmen, aber, auch ich bin heut nicht bei
der Sache! Ich weiß nicht, wo meine Frau bleibt!“

„Fortsetzung folgt.“

Aus der Heimat.

Börsen, 16. November 1922.

a. Steuerabzug. Das Finanzamt Borken schreibt uns: Zur Befreiung bestehender Zweifel wird darauf hingewiesen, daß als Steuerabzug für Einkommensteuer ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens stets 10 Prozent des Arbeitslohnes einzubehalten und von diesem Betrage die dem Arbeitnehmer zukommenden Ermäßigungen abzulehnen sind. Also auch bei den Einkommen von mehr als 100 000 Mark sind 10 Prozent (nicht 15 Prozent oder mehr) einzubehalten. Arbeitnehmer, deren Einkommen die 10prozentige Tarifgrenze (d. h. 100 000 Mark) übersteigt, sind nach Ablauf des Jahres vom Finanzamt zu veranlassen und haben die Differenz zwischen veranlagter Steuer und bewirktem Steuerabzug nachzuweisen.

a. Für Kriegsschädigte. Das Kreis-Wohlfahrtsamt schreibt uns: Durch Inkrafttreten der neuen Anstellungsgesetze (Grundzüge für die Anstellung der Inhaber eines Versorgungsscheines) werden für die Schwerbeschädigten, die im Besitze des Beamtenstatus oder eines vorläufigen Ausweises sind, sowie für die Inhaber des Anstellungsscheines wesentlich günstigere Bedingungen zur Erlangung einer Beamtenstelle geschaffen. Beispielsweise sind die Inhaber des Beamtenstatus nunmehr den übrigen Versorgungsanwärtern, also auch den Zivilversorgungsberechtigten, gleichgestellt; ein erheblicher, fest bestimmter Teil der Beamtenstellen bei den Reichs-, Landes-, Kommunal- und sonstigen Behörden ist den Versorgungsanwärtern vorbehalten; bereits angestellte Schwerbeschädigte, die den Anstellungsschein gegen den Beamtenstatus umtauschen können, haben die Möglichkeit, sich bis spätestens zum 1. 12. 22 noch für Stellen höherer Besoldungsgruppen, die ihnen als Inhaber des Anstellungsscheines bisher verschlossen waren, vormerken zu lassen. Es liegt deshalb im dringenden Interesse aller Kriegsschädigten, die Inhaber des Beamten- oder Anstellungsscheines sind, sich über die einzelnen Bedingungen der neuen Anstellungsgesetze genau und bald zu unterrichten. Die amtliche Fürsorgestelle Borken, Landratsamt, ist zu eingehender Auskunft gern bereit. (Sprechstunden: Täglich 9-1 Uhr vorm.)

••• Sport- und Spielverein Eintracht. Am kommenden Sonntag findet eine außerordentliche Monatsversammlung statt. Die Tagesordnung umfaßt sehr wichtige Punkte u. a. Kassenericht, Weihnachtsfeierlichkeiten, Neuanstellung usw. Es wird erwartet, daß jetzt mit Beginn der kalten Jahreszeit die Übungsstunden verlegt werden müssen, daß sämtliche Mitglieder der pünktlich erscheinen werden. Ebenso wird am Samstagabend die Gesangsabteilung nach der Übungsstunde eine wichtige Versammlung zwecks kommender Feste abhalten. Darum alle Sänger zur Stelle. Näheres durch Anzeiger.

r. Obst- und Gartenbauverein Borken. Auch im November braucht der Landwirt und Kleingärtner, sofern er Freude an der Arbeit hat, nicht müßig zu sein. Es gibt auch in dieser Zeit noch manches zu tun, um für die Ernte des kommenden Jahres vorzusorgen. Im Gemüsegarten sind an nicht zu sonnigen Stellen jetzt Spinat, Radieschen, Korb- und Petersilien usw. zu säen. Das in Gruben und Mieten eingelagerte Gemüse, wie Mören, soll zum Schutz gegen Frost nur mäßig später, sobald die Rinde zumit, stärker zu bedecken. Zu frühgezeiten Bedecken in zu starker Schicht führt leicht zur Erhitzung und zum Faulen des Gemüses, deshalb darf der Wärmeschutz jeweils nur mit der Witterung Schritt halten. Im Obstgarten ist der November die beste Pflanzzeit für Obstbäume bei leichtem und warmem Boden, ist dagegen der Boden schwer und nass, dann ist die Frühjahrspflanzung vorzuziehen. Herbstpflanzung bringt im allgemeinen eine frühere und sichere Anwurzelung. Pflanzt man jetzt, so muß auch die Baumscheibe mit Dünger belegt werden, der dann während des Winters gleichmäßig verfließt und eine Durchdringung des Bodens für die jungen Wurzeln schafft. Im Blumengarten müssen Rosen, Rhododendren und sonstige mehrjährige Pflanzen jetzt eingedeckt werden. Beete mit Blumenzwiebeln sind mit Fichtenzweigen zudecken, Rasenflächen müssen geläubert werden. Im Interesse des besseren Aussehens bringt man schließlich den ganzen Garten jetzt vor Ausbruch des stärkeren Frostes noch einmal in Ordnung, damit er auch im Winter einen sauberen, korrekten Eindruck macht.

r. Schöne Stiftung. Für die Landwirtschaftliche Schule Borken ist von einem Gönner der Ankauf der Betrag von 100 000 Mark gestiftet worden. Hoffentlich findet das schöne Beispiel viele Nachahmer, damit der Bestand der Schule und ihre segensreiche Wirksamkeit gesichert ist.

o. Polizeibericht. Festgenommen wurden abermals mehrere Personen wegen nächtlicher Aufheisterung, sie hatten im Polizeigefängnis Zeit, ihren Rausch auszuschlafen. — Dem Amtsgericht zugeführt wurde ein Obdachloser, der sich als Landstreicher hewurtrieb.

r. Heide, 15. Nov. Unglücksfall. Auf der Hohen Straße kam ein Landwirt aus Altfelde zu Fall und geriet unter sein Fuhrwerk. Er erlitt einen Beinbruch, sodaß er von Mitgliedern der Sanitätskolonne ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

i. Jßelburg, 15. Nov. Eine Ortsgruppe des Pächter- und Siedlerbundes ist hier nach einem Vortrage des Herrn Rademacher aus Heide gegründet worden. Sämtliche anwesenden Pächter traten dem Bund bei.

*** Goch, 15. Nov. Großer Silberhummel.** Die Zollüberwachungsstelle des Bahnhofes Goch hat laut N. Volksbl. am Samstag vormittag mehrere Schmuggler verhaftet, die in dem D.-Zug Köln-Goch-Holland sich befanden und eine große Menge silberne Bestecke, Kuchenschaukeln usw. mit sich führten, um sie unverzollt über die Grenze zu schaffen. Es ist gelungen, den gesamten, großzügig angelegten Schmuggelsplan unmöglich zu machen und alles Silbergerät zu beschlagnahmen.

*** Heide, 14. Nov. Eisenbahn Diebstahl.** Auf dem hiesigen Personenbahnhof wurde vor einigen Tagen von mehreren jungen Burken ein Eisenbahnwagen erbrochen und ein Posten Stoffe zwecklos. Die Diebe konnten bis auf einen festgenommen werden.

*** Gronau, 15. Nov. Ein Autounfall.** ereignete sich am Samstag an der Glanerbrücke, in der Nähe der Grenze, dem aber ein Menschenleben zum Opfer fiel. Der Maschinist aus

Kleinwohnungsbau und Teuerung.

Die Teuerung wächst und wächst. Kein Mensch weiß Rat. Auch alle die, die mit Bauen, insbesondere mit der Herstellung von Kleinwohnungsbauteilen zu tun haben, verlieren allmählich den Mut. Auf Grund der Teuerungszahlen für Baustoffe und Löhne ergeben sich für die Herstellung einer Kleinwohnung ganz erschreckende Zahlen. Eine Wohnung mit einer Wohnfläche von 70 Quadratmeter kostet zur Zeit etwa 1,5 Millionen Mark. Dabei kann niemand sagen, wie hoch diese Zahl bis zum Zeitpunkt der Fertigstellung der Wohnung sein wird. Die fortlaufende Verteuerung der Baustoffe, der Löhne und Gehälter schließt jede sichere Kalkulation aus. Es gibt viele, die aus diesen Tatsachen die Folgerung ziehen, das Bauen von Kleinwohnungen einzustellen. Das wäre aber ganz verkehrt. Die Wohnungsnot zwingt uns zu bauen. Auf Spekulation wird bei unserer heutigen wirtschaftlichen Lage niemand Kleinwohnungen errichten. Es bleibt daher nichts anderes übrig, als Kleinwohnungen durch Vergabe von Zuschüssen, sowie und solange es möglich ist, herzustellen. Wir schaffen dadurch nicht nur Wohnungen, sondern auch Arbeit für viele Gewerbe und stellen Sachwerte, die unser Volkvermögen vergrößern. Hierzu sind Maßnahmen zweierlei Art nötig. Zuerst kommt die Erhöhung der Wohnungsbaubudgets in Frage. Diese beträgt zur Zeit in den verschiedenen Städten 100—400 Prozent. Nach einer Zeltungsnotig soll eine 1500prozentige Abgabe beabsichtigt sein. Der Sprung ist erheblich. Richtiger wäre es, die Wohnungsbaubudgets so zu gestalten, daß sie der schwankenden Wirtschaftslage angepaßt werden kann, d. h., daß ihre Höhe jeweils vierteljährlich entsprechend der Indexziffer für die Verteuerung festgelegt wird. — Zu den Maßnahmen zweier Art gehört vor allem eine Festsetzung der Preise für die Hauptbaumaterialien des Kleinwohnungsbaues in einer Form, die eine Bewachung ausschließt. Für Rundholz ab Wald war zur Zeit bereits ein Preis von 15 000 M für das Festmeter bezahlt. Der Preis für dieses Holz war etwa 16 M. Eine Verteuerung ist hier nur durch das Steigen der Löhne bedingt, die zur Zeit um das 120—130fache gestiegen sind. Der jetzige Rundholzpreis beträgt aber fast das 1000fache des Friedenspreises. Ähnlich, wenn auch nicht ganz so schlimm, liegen die Verhältnisse bei anderen Baustoffen. Hier kann nur eine Regelung durch Maßnahmen helfen, die vorsehen, daß jede Produktionsstelle, ähnlich wie bei der Getreidemühle, einen gewissen Prozentsatz der Produktion dem öffentlichen Kleinwohnungsbau zu bestimmten Preisen zur Verfügung stellen muß, die auf Grund der Verteuerung der Baustoffe und wo Baustoffe nötig sind, auch auf Grund der Verteuerung der Brennstoffe gegenüber den Friedenspreisen laufend festgelegt werden. Wird nach diesem Vorschlag verfahren, so hätten sich z. B. für Berlin für den Monat September folgende Preise ergeben: etwa 2130 M für Holz ab Wald und 3800 M für Ziegel ab Ziegelei, gegenüber den tatsächlichen gezahlten Preisen von 12 000 M für Holz und 5430 Mark für Ziegel. — Aber auch in der Ausführung der Bauten selbst muß die wirtschaftlichste Form gewählt werden. Es kommt darauf an, für den gegebenen Fall die wirtschaftlichste Bauform zu wählen. Immerhin müßte die Bezahlbarkeit des unrentablen, freistehenden Einfamilienhauses gänzlich ausgeschlossen sein. Einfamilienhäuser sollten nur dann bevorzugt werden, wenn sie in Form von Reihenhäusern oder Gruppenhäusern errichtet werden. Mit Rücksicht auf die gewaltige Verteuerung muß aber auch die Raumforderung noch mehr eingeschränkt werden. Eine Wohnung mit Küche (Wohnfläche) und zwei Stuben reicht in den meisten Fällen aus. Für die Form der Einfamilienhäuser ist eine solche Wohnung zu sein. Derartige Wohnungen können wirtschaftlich nur als Mietwohnungen in drei- oder viergeschossigen Bauten errichtet werden. Endlich muß auch die planmäßige Gestaltung der Grund- und Aufrisse so einfach als möglich sein, eine übertriebene Ausgestaltung der Strukturausbau muß vermieden werden. Aus eigenen Mitteln sind die Gemeinden allerdings nicht mehr in der Lage, zu helfen. Hier ist sofortige Hilfe nötig. Den Gemeinden müssen durch Reich und Staat in Form von Darlehen auf die nächstjährige Wohnungsbaubudgets Mittel zur Beschaffung von Baustoffen für das kommende Baujahr gegeben werden, damit nicht wieder die nächstjährigen Bauten ähnlich unvorbereitet wie die bisherigen begonnen werden.

Einen Weg aus der Wohnungsnot.

Ein Essener Architekt veröffentlicht einen Aufsatz, dem wir folgendes entnehmen:

„Wo ist Geldüberfluß? Bei den meisten Jugendlichen. Jeder Kenner der Verhältnisse wird dieses bestätigen, und jeder vernünftige Deutsche wird mit Bedauern feststellen, daß der größte Teil der Jugendlichen sich eine Lebenshaltung angewöhnt hat, die einem armen Volke weder jetzt noch nützlich ist. Es kann nicht recht sein, daß in vielen Berufen der 16jährige Junge nur 10 Prozent und der 18jährige nur 5 Prozent weniger verdienen darf, als der kinderreiche Familienvater. Dieser Zustand spottet jeder Vernunft und es ist unglücklich, daß die älteren vernünftigen Arbeiter nicht längst die angebotenen Soziallöhne angenommen haben. Wer ist nun am meisten interessiert, daß genügend gebaut wird? Die Jugendlichen, denn sie werden eines Tages eine Familie gründen und eine Wohnung brauchen. Ich schlage deshalb vor, daß man analog der Wehrpflicht eine Wohnbaupflicht der deutschen Jugend durch Gesetz einführt. Diese können sich erstrecken vom 16. bis 22. Jahr auf die männliche und 16. bis 20. Jahr auf die weibliche Jugend. Die weiteren Jahre bis zur Verheiratung sollen zur Beschaffung der Aussteuer frei bleiben. Von diesen Jugendlichen soll ein jeder einen bestimmten Prozentsatz, sagen wir 15 Prozent des Einkommens als Wohnungsabgabe abführen. Dabei sind selbstverständlich Minderungen für die Ernährer der Eltern vorzusehen und eine bestimmte Einkommenshöhe freizulassen. Aus dieser Quelle würden dem Wohnungsbau so viel Mittel zufließen, daß jährlich circa 50 000 Wohnungen gebaut werden können. Man wäre auch vor Überraschungen durch die Gesamtentwertung, wie sie in diesem Jahre leider den Bauauftraggebern beschert waren, geschützt, da die Einkommen u. damit die Abgabe der Jugendlichen mit der Geldentwertung steigen. Wenn jemand den Vorschlag als eine Härte gegen die Jugend ansehen möchte, so halte ich dem entgegen, daß wir früher im Interesse unseres Volkes ein, zwei oder drei Jahre Soldat sein und vier Jahre Krieg führen mußten. Man bedenke wohl, wie viel größer das Opfer derjenigen war, die zwei Jahre aktiv dienen mußten, im Verhältnis zu dem heute Geforderten.“

Soziales.

Gescheiterte Lohnverhandlungen in der Münsterländischen Textilindustrie.

Die Bezirksleitung des christlichen Textilarbeiterverbandes ersucht um Aufnahme nachfolgender Zeilen:

Die Verhandlungen in der Münsterländischen Textilindustrie sind infolge des ablehnenden Standpunktes der Arbeitgeber gescheitert. Schon im Monat Oktober waren die Löhne bei einer Steigerung von 26 Prozent gegenüber den Septemberlöhnen hinter der Steigerung der Reichsindex um 70 Prozent mit 44 Prozent zurückgeblieben. Die letzte Lohnverhöhung im Oktober betrug 20 Prozent und war durch Schiedsspruch erfolgt. Trotz des großen Unterschiedes zwischen Preissteigerung und Lohnausgleich zu ungunsten der Löhne sagte der Arbeitgeberverband in der Antwort an den Reichs- und Staatskommissar u. a.: „Wir werden die Sätze des Schiedsspruches zur Auszahlung bringen, ohne damit die Berechtigung der Lohnsteigerung anzuerkennen.“

Der Arbeitgeberverband hat anscheinend nicht bedacht, daß heute eine derartige Sprache nicht in Frage ist, und daß die Arbeiterkraft auch zu einer Zeit leben will und muß, wenn der Gewinn der Betriebe zeitweise nicht so reichlich fließt. Daß die Textilindustrie von der Krise getroffen ist, das spürt die Arbeiterkraft in manchen Betrieben recht deutlich durch die Einschränkung der Arbeitszeit. Es wird häufig so hingestellt, als wenn die Löhne die Krise verschuldet haben. Tatsache ist, daß der Lohnanteil im Verkaufspreis der Ware so gering ist, wie nie zuvor. Wenn der Kessel mit 600 Mark pro Meter heute ab Fabrik verkauft wird, so würde die Ware, wenn die Arbeiterkraft ganz unrentabel arbeiten könnte, kaum 10 Mark billiger sein pro Meter. Am Lohn kann deshalb der Abgang der Werte nicht scheitern. Daß eine Krise in der Textilindustrie kommen würde, darauf hat die Arbeiterorganisation im Laufe des Jahres mehrmals hingewiesen. Sie hat deshalb wiederholt alle maßgebenden Instanzen gebeten, für diese Zeit eine produktive Erwerbslosenfürsorge vorzubereiten. In der Lohnneinstellung kann jedoch an dem Gang der Dinge nicht das geringste geändert werden. Die Arbeiterkraft kann deshalb auch das Lohnangebot der Arbeitgeber, wie es in der letzten Lohnverhandlung für November mit etwa 25 Prozent erfolgt, deshalb nicht annehmen, weil es bei weitem Lohnausgleich gegenüber der Preissteigerung im Oktober nicht schafft und die über jedes Maß hinausgehende Teuerung ab 25. Oktober überhaupt nicht berücksichtigt. Die Erregung in Textilarbeiterkreisen ist deshalb gegenwärtig begrifflicherweise sehr groß. Der Arbeitgeberverband

hand der Münsterländischen Textilindustrie ist von den Arbeiterorganisationen wiederholt dringend gebeten, den Bogen nicht zu überspannen und die Arbeiterkraft nicht zu Maßnahmen zu treiben, welche letzten Endes für die ganze Industrie zum großen Schaden sein könnten. Hoffentlich wird der Reichs- und Staatskommissar, der von beiden Parteien um seine Vermittlung angerufen wurde, eine Vereinbarung zustande bringen, welche die augenblickliche Spannung beseitigt.

Bemerktes.

— Was die Thüringer Kinder nicht mehr singen dürfen. Die sozialistische Regierung Thüringens hat eine Revision des Liederbuchs für die Volksschulen vorgenommen. Bei dieser Revision wurden nach einer Mitteilung der „Hilfe“ folgende Lieder verboten und gestrichen:

1. Aus dem Himmel ferne. 2. Ihr Kinderlein kommet. 3. Wenn die Kinder schlafen gehn. 4. Vöglein im hohen Baum. 5. Hört ihr die Englein singen. 6. Wer hat die Blumen nur erdacht. 7. Alle Jahre wieder. 8. Kommet ihr Hirten. 9. Du lieber, heil'ger frommer Christ. 10. Stille Nacht, heilige Nacht. 11. Am Weihnachtsbaum die Lichter brennen. 12. Es geht durch alle Lande. 13. Lobt froh den Herrn. 14. Wenn Gott will, rechte Gunft erweisen. 15. Hinaus in die Ferne. 16. Ich hab' einen Kameraden. 17. Schier dreißig Jahre bist du alt. 18. Deutschland, Deutschland über alles. 19. Stimmt an mit hellem hohem Klang. 20. Ich hab' mich ergeben. 21. Der alte Barabbas. 22. Was frag' ich nach Geld und Gut. 23. Ueb' immer Treu und Redlichkeit. 24. Weist du, wieviel Sternlein stehen. 25. Bald ist es wieder Nacht.

Wenn man unseren Kindern jetzt vor der Weihnachtsfeier wie „Stille Nacht, heilige Nacht“ oder „Alle Jahre wieder“ nehmen soll, so ist das keine Frage des politischen Gegenstandes mehr, sondern eine Frage der Kultur und des guten Geschmacks. Erschüttert stehen wir vor diesem historischen Dokument des Verfalls aller deutschen Kultur, des Rückfalls in Zeiten finsterner Intoleranz oder plattester, verbohrtester „Auflösung“.

Duisburger Stadttheater.

- * Duisburg. Mittwoch, 15. Nov.: Geschlossene Vorstellung. Donnerstag, 16. Nov. (6) 5.30 Uhr: „Tristan und Isolde.“ (Preis 1.) Freitag, 17. Nov. (1) 7 Uhr: „Dona Diana.“ (Preis 2.) Samstag, 18. Nov. (1) 7 Uhr: „Wein, Weib und Gesang.“ (Preis 2.) Sonntag, 19. Nov. (7) 5 Uhr: „Die Meistersinger von Nürnberg.“ (Preis 1.) Montag, 20. Nov. (2) 7 Uhr: „Der Wettlauf mit dem Schatten.“ (Preis 3.) Dienstag, 21. Nov. (5) „Don Pasquale.“ (Preis 1.) Mittwoch, 22. Nov. (9): „Parsifal“.

Armeen beeinträchtigen.
Personen auf der
bieten. Die englisch
ihre Anerkennung a
Saltung, mit der f